



ZDH
ZENTRALVERBAND DES
DEUTSCHEN HANDWERKS

ZDH • Postfach 110472 • 10834 Berlin

Damen und Herren
Präsidenten und Hauptgeschäftsführer
der Handwerkskammern,
der Zentralfachverbände,
Wirtschaftlichen und sonstigen Einrichtungen des Handwerks,
Regionalen Handwerkskammertage,
Regionalen Vereinigungen der Landesverbände des Handwerks,
Landeshandwerksvertretungen

Haus des Deutschen Handwerks
Mohrenstraße 20/21
10117 Berlin
www.zdh.de

Abteilung: Handwerkspolitik
Ansprechpartner: Stefan Koenen
Tel.: +49 30 206 19-360
Fax: +49 30 206 19-457
E-Mail: handwerkspolitik@zdh.de

Berlin, 18. Dezember 2018
per E-Mail

nachrichtlich:

Mitglieder des ZDH-Präsidiums,
Mitglieder des DHKT-Vorstands,
Mitglieder des UDH-Vorstands

**Fachkräftezuwanderungsgesetz:
Positionierung und Appell der deutschen Wirtschaft**

Sehr geehrte Damen und Herren,
liebe Kolleginnen und Kollegen,

die politische Diskussion über das Fachkräftezuwanderungsgesetz hat in diesen Tagen an Intensität zugenommen. Mit einem nachdrücklichen Appell, das in der Sache richtige Gesetzesvorhaben nicht zu verwässern, haben wir uns an die befassten Bundesminister und Vorsitzenden der Koalitionsfraktionen gewandt - gemeinsam mit BDA, BDI und DIHK. Unser Schreiben an den Bundesinnenminister überlassen wir Ihnen gerne zur Kenntnis, verbunden mit der Bitte, bei entsprechender Gelegenheit in diesem Sinne Stellung zu beziehen.

Mit freundlichen Grüßen

gez. Hans Peter Wollseifer
Präsident

gez. Holger Schwannecke
Generalsekretär

Vereinsregisternummer:
VR 19916 Nz, Amtsgericht
Berlin Charlottenburg
Steuernummer:
27/622/50987

Bankverbindungen:
Landesbank Berlin Girozentrale
13 327 810 (BLZ 100 500 00)
IBAN DE24 1005 0000 0013 3278 10
BIC/SWIFT BELADEVXXX

Berliner Volksbank
830 183 2002 (BLZ 100 900 00)
IBAN DE94 1009 0000 8301 8320 02
BIC/SWIFT BEVODEBB

DAS HANDWERK
DIE WIRTSCHAFTSMACHT VON NEBENAN.



Herrn
Horst Seehofer
Bundesminister des Innern, für Bau und Heimat
Alt-Moabit 140
10557 Berlin
Deutschland

14. Dezember 2018

Fachkräfteeinwanderungsgesetz

Sehr geehrter Herr Bundesminister,

die Zukunft des Wirtschaftsstandorts Deutschland hängt in entscheidendem Maße davon ab, dass eine ausreichende Zahl von gut qualifizierten Fachkräften zur Verfügung steht. Aufgrund der demografischen Entwicklung droht der zunehmende Fachkräftemangel, der mittlerweile fast alle Bereiche der deutschen Wirtschaft erfasst hat, zu einem gravierenden Hindernis zu werden. Viele Befragungen haben gezeigt, dass das Problem, geeignete Fachkräfte zu finden, an erster Stelle der von den Unternehmen genannten Hindernisse steht. So sehen mehr als 60 Prozent der Unternehmen im Fachkräftemangel ein Risiko für ihre Geschäftsentwicklung. Die Zahl der noch unbesetzten Ausbildungsstellen übersteigt aktuell die Zahl der noch unversorgten Bewerber um 33.000. Wir alle bemühen uns deshalb intensiv darum, die inländischen Arbeitskräftepotenziale zu mobilisieren. Darüber hinaus besteht aber ein breiter Konsens, dass auch eine gezielte und gesteuerte Fachkräftezuwanderung notwendig ist.

Wir begrüßen und unterstützen deshalb ganz nachdrücklich, dass sich die Bundesregierung darauf verständigt hat, ein Fachkräfteeinwanderungsgesetz auf den Weg zu bringen. Der von allen beteiligten Ressorts erarbeitete Referentenentwurf bietet für die Zuwanderung von Fachkräften insgesamt gute und tragfähige, aber auch ausgewogene Lösungen und hat zentrale Forderungen der Wirtschaft aufgenommen. Wenn es vor allem auch gelingt, die Verfahren zu beschleunigen, haben die vorgeschlagenen Regelungen das Potenzial, die gesteuerte Zuwanderung von ausländischen Fachkräften wesentlich zu erleichtern, Missbrauch auszuschließen und den Wirtschaftsstandort zu stärken. Dies kann aber nur erreicht werden, wenn die wesentlichen Kernpunkte ohne Abstriche Eingang in den Regierungsentwurf finden und im parlamentarischen Verfahren Bestand haben werden.

Neben der Abschaffung der Vorrangprüfung und der Beschränkung auf Engpassberufe gehört hierzu insbesondere die innovative Regelung in § 16d des Referentenentwurfes, die eine Rechtsgrundlage für den Abschluss

BDA | DIE ARBEITGEBER
Bundesvereinigung der
Deutschen Arbeitgeberverbände

BDI - Bundesverband der
Deutschen Industrie e.V.

DIHK | Deutscher Industrie-
und Handelskammertag e.V.
Breite Str. 29 | 10178 Berlin

Zentralverband des
Deutschen Handwerks
Mohrenstr. 20 / 21 | 10117 Berlin

von Vermittlungsabkommen der Bundesagentur für Arbeit mit ausgewählten ausländischen Arbeitsverwaltungen schaffen, um vorqualifizierten ausländischen Fachkräften einen Aufenthalt in Deutschland zu ermöglichen. Auch die Regelungen zur Ausbildungs- und Studienplatzsuche sind für die deutschen Unternehmen von großer Bedeutung, um ausgewählte ausländische junge Menschen im persönlichen Kontakt als zukünftige Fachkräfte zu gewinnen. Schließlich sind für die Wirksamkeit der vorgeschlagenen Regelungen die vorgeschlagene Schaffung zentraler Ausländerbehörden auf Länderebene sowie beschleunigte Verfahren zur Fachkräftegewinnung von zentraler Bedeutung.

Bestrebungen, diese im Referentenentwurf vorgesehenen Regelungen wesentlich zu verwässern, gefährden das Ziel einer gezielten und erforderlichen Fachkräftezuwanderung. Für die Sicherung des Wirtschaftsstandorts Deutschland ist es von großer Bedeutung, dass das Fachkräfteeinwanderungsgesetz ein Erfolg wird und dem vorherrschenden Fachkräftebedarf effektiv begegnet werden kann.

Da auch die Arbeitsmarktintegration von Geflüchteten in Teilen neu geregelt werden soll, ist es aus Sicht der Wirtschaft dringend erforderlich, dass auch die Potenziale der bereits nach Deutschland geflüchteten Menschen nutzbar gemacht werden. Die bereits großen Anstrengungen der Wirtschaft, etwa bei der Ausbildung von Geflüchteten, dürfen nicht durch komplizierte Vorschriften, die Interpretationsspielraum offenlassen, bei der 3+2-Regelung konterkariert werden. Stattdessen erwarten die Unternehmen klar verständliche Regelungen, um sich klarer Entscheidungen der Behörden sicher sein zu können.

Wir bitten Sie hierfür nachdrücklich um Unterstützung.

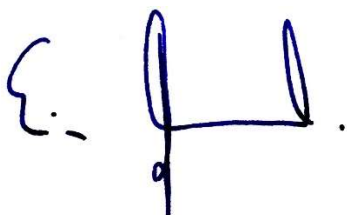
Mit freundlichen Grüßen



Ingo Kramer
Bundesvereinigung der
Deutschen Arbeitgeberverbände



Dieter Kempf
Bundesverband der Deutschen Industrie



Eric Schweitzer
Deutscher Industrie- und
Handelskammertag



Hans Peter Wollseifer
Zentralverband des Deutschen Handwerks